

Dr. Arnd Rüter
Haydnstraße 5
85591 Vaterstetten
Deutschland
Tel. +49 (0) 8106 32754
Email arnd_rueter@web.de
[\[IG_K-JU_700\]](#)

D R I N G E N D

An die **Mitglieder des Großen Senats für Strafsachen**

Vorsitzende (kraft Gesetzes)

Limperg, Präsidentin des Bundesgerichtshofes

Beisitzende Mitglieder

1. Strafsenat

Prof. Dr. Jäger, Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof

Dr. R. Fischer, Richterin am Bundesgerichtshof

2. Strafsenat

Dr. Menges, Vorsitzende Richterin am Bundesgerichtshof

Zeng, Richter am Bundesgerichtshof

3. Strafsenat

Prof. Dr. Schäfer, Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof

Dr. Berg, Richter am Bundesgerichtshof

4. Strafsenat

Dr. Quentin, Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof

Dr. Bartel, Richterin am Bundesgerichtshof

5. Strafsenat

Cirener, Vorsitzende Richterin am Bundesgerichtshof

Prof. Dr. Mosbacher, Richter am Bundesgerichtshof

6. Strafsenat

Prof. Dr. G. Sander, Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof

Dr. Tiemann, Richter am Bundesgerichtshof

Mitglieder anderer Senate

Kartellsenat

Prof. Dr. Kirchhoff, Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof

Dienstgericht des Bundes

Pamp, Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof

Senat für Notarsachen

Dr. Herrmann, Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof

Senat für Anwaltssachen

Dr. Remmert, Richter am Bundesgerichtshof

Senat für Patentanwaltssachen

Dr. Deichfuß, Richter am Bundesgerichtshof

Senat für Landwirtschaftssachen

Dr. Brückner, Vorsitzende Richterin am Bundesgerichtshof

Senat für Wirtschaftsprüfersachen

Prof. Dr. Jäger, Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof

Senat für Steuerberater- und Steuerbevollmächtigtensachen

Prof. Dr. Jäger, Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof

Bundesgerichtshof

Herrenstraße 45a

76125 Karlsruhe

Vaterstetten, den 01.10.2024

Hiermit zeige ich an

- I. Den seit 2002 organisierten und **seit 2004 bis heute** von den etablierten politischen Parteien SPD (Initiator), CDU/CSU, DIE GRÜNEN und FDP betriebenen **staatlich organisierten Betrug an ca. 6,3 Millionen Bundesbürgern** auf Basis von Rechtsbeugung und Verfassungsbruch, mit welchem diese um ca. 20% ihrer privaten Sparerlöse aus privaten Kapitallebensversicherungen betrogen werden. Das Grundprinzip besteht in der von Parteipolitikern erdachten und seit 2004 fortlaufend voran getriebenen Verwischung der 3. Säule der Alterssicherung, der privaten Alters**vorsorge**, mit der 2. Säule der Alterssicherung, der betrieblichen Alters**versorgung**, mit dem Ziel sich hemmungslos mit Hilfe der längst gesetzlich dem Gesundheitsministerium untergeordneten gesetzlichen Krankenkassen an den privaten Sparerlösen der Rentner bedienen zu können.

Ihre entscheidende Stütze finden die Politiker dabei in den von ihnen selbst verfassungswidrig auserkorenen staatlichen Juristen mit der ihnen während der Ausbildung eingepflanzten Sucht, sich als Teil der Eliten zu wähnen, deren unausrottbarer Sucht, den Gesetzen einen verborgenen, in den Gesetzestexten nicht zu lesenden und angeblich nur ihnen zugänglichen Sinn unterzuschieben, und deren Sucht die wahren Herrscher des demokratischen „Rechts“staates zu suchen, die sie tatsächlich in den etablierten politischen Parteien gefunden haben, denen sie als „Diener der Herrschenden“ ihre Künste der Sprachverdrehung und Rechtsverdrehung/ Rechtsbeugung angedeihen lassen können.

Entscheidender Bestandteil war und ist die Kriminalisierung wesentlicher Bereiche der Justiz - der Sozialgerichtsbarkeit (BSG, LSG, SG), des Bundesverfassungsgerichtes und der landesspezifischen Anteile der ordentlichen Gerichtsbarkeit (AG, LG, OLG) - und der bundesdeutschen Staatsanwälte, der an die Weisungen der Justizminister der Bundesländer gebundenen politischen Beamten der Exekutive.

Dies ist, gemessen an der Anzahl der involvierten staatlichen und öffentlich-rechtlichen Organisationen, der größte Skandal seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland. Die Täter der verschiedenen Organisationen arbeiten koordiniert auf Basis mafiöser Strukturen. Die mitwirkenden Täter sind verantwortliche Mitarbeiter in folgenden Organisationen:

- 1) die Verantwortlichen in den etablierten politischen Parteien der Parteienoligarchie (SPD, CDU/CSU, DIE GRÜNEN und FDP), die das seit 2002 alles erdacht und initiiert haben und es bis heute verbissen am Laufen halten,
- 2) die Bundeskanzler und Bundesminister, Ministerpräsidenten und Landesminister der Exekutive aller seit 2004 an der Macht gewesenen Bundesregierungen und Landesregierungen,
- 3) die Bundestagsabgeordneten des Deutschen Bundestages seit dem 15. Deutschen Bundestag bis auf wenige rühmliche Ausnahmen (Legislative),
- 4) die Richter aller für Beitragsrecht zuständigen Senate aller deutschen Sozialgerichte, Landessozialgerichte, und des Bundessozialgerichts (12. Senat) und deren Präsidenten seit 2004 (Judikative),
- 5) alle Richter des Bundesverfassungsgerichts, die seit spätestens 2002 das **BVerfGG** brechen und seit spätestens 2008 das BVerfGG und die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland brechen,
- 6) alle Verantwortlichen (Mitglieder der Vorstände, rechtliche Vertreter, Mitglieder der Widerspruchsausschüsse) der den Betrug jeweils ausführenden gesetzlichen Krankenkassen seit 2004 (einige seit 2001/2002),
- 7) die Vorstände der bundesdeutschen Versicherungsgesellschaften für Kapitallebensversicherungen, die bei Auszahlung wahrheitswidrig einen Versorgungsbezug melden und die als angebliche Versicherungsnehmer eingetragenen Arbeitgeber (Bruch des Versicherungsvertragsgesetzes § 1 durch beide),
- 8) die Verantwortlichen der Aufsichtsbehörden für die Finanzdienstleister, BaFin und BMF,
- 9) sämtliche bundesdeutschen (General-)Staatsanwälte, die als weisungsgebundene politische Beamte der Justizminister (Exekutive) die Strafverfolgung für die Täter aus öffentlich-rechtlichen Institutionen verhindern,
- 10) eine noch nicht abschließend zu benennende Anzahl Richter, Direktoren/Präsidenten der ordentlichen Gerichtsbarkeit.

Dies ist gleichzeitig eine Strafanzeige (nach **§ 158 StPO**) bei dem hier zuständigen Bundesgerichtshof, dem obersten deutschen ordentlichen Gericht.

Die Täter und ihre Taten sind in [\[IG_S15\]](#) Kap. 1.x aufgelistet (siehe [ANL3](#)).

- II. Die seit dem **27.07.2022** verübte **Willkürjustiz und den Staatsterrorismus durch die bayerische Legislative, Exekutive und Judikative gegen Dr. Arnd Rüter** wegen der Öffentlichmachung der von Mitarbeitern der bayerischen Legislative, Exekutive und Judikative und nachgelagerter Behörden im Rahmen des staatlich organisierten Betrugs begangenen Straftaten und den Versuch der Rache von Straftätern im „staatlich organisierten Betrug“ durch politisch motivierte Willkürjustiz mit verfassungswidrigen Strafbefehlen und Versuch der Vertuschung der begangenen Straftaten.

Die an führender Stelle mitwirkenden bayerischen Staatsanwälte und bayerischen Richter sind Teil einer kriminellen Vereinigung (§ [129 StGB](#)) unter der Rädelsführerschaft der Mitglieder der Bayerischen Staatsregierung zur Ausübung politisch motivierter Willkürjustiz gegen renitente Gesetzesgläubige. Das [Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland](#) und die „[Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und der Grundfreiheiten \(EKMR\)](#)“ werden standardmäßig und fortlaufend gebrochen. Das [Strafgesetzbuch \(StGB\)](#) stellt keinerlei Hemmschwelle für die Politiker, Staatsanwälte und Richter dar; Staatsschutzverbrechen (§ [81 StGB](#)) sind keine Seltenheit. Die jegliche gesetzliche Einhegung missachtenden Verhaltensweisen und die geballte grenzenlose Kriminalität der Verantwortlichen in Politik, Staatsanwaltschaften und Gerichten zwingen zur Schlussfolgerung, dass die Parteienoligarchie (welche bereits in den 60er Jahren von Karl Jaspers und Hannah Arendt konstatiert wurde) **aktuell auf dem Weg ist in eine offene Diktatur** überzugehen.

Im Freistaat Bayern sind die grundgesetzlich garantierte Gewaltenteilung zwischen Legislative, Exekutive und Judikative und das Rechtsmittel der Strafanzeige beseitigt; im Strafrecht entscheidet ausschließlich die Bayer. Staatsregierung was Recht ist, bzw. wer „im Namen des Staates bestraft werden muss“ und „wer im Namen des Staates die Gesetze brechen kann, wie er lustig ist“. Das dient dem Erhalt und der Erweiterung der Macht der staatstragenden Partei (in Bayern die CSU).

Dies ist gleichzeitig eine Strafanzeige (nach § [158 StPO](#)) bei dem hier zuständigen Bundesgerichtshof, dem obersten deutschen ordentlichen Gericht.

Die Täter und ihre Taten sind in [\[IG_S15\]](#) Kap. 2.x aufgelistet (siehe [ANL3](#)).

Das Ergebnis der planmäßigen und anhaltenden Kriminalisierung ist, dass **die Demokratie und der Rechtsstaat in der Bundesrepublik Deutschland beseitigt** wurden. Das hat langfristige Auswirkungen auf die ganze Gesellschaft.

Beweiserhebliche Dokumentation:

Die beweiserhebliche Dokumentation für die **Anzeigen I und II** besteht aus **ca. 1.200 Dokumenten** auf, ausgedruckt, **ca. 15.000 Seiten**. Diese Beweisdokumentation ist unter dem Webauftritt der Interessengemeinschaft der GMG-Geschädigten <https://www.ig-gmg-geschaedigte.de/> abgelegt, barrierefrei zugänglich und wird fortlaufend aktualisiert. Die Struktur der Dokumente ist unter <https://www.ig-gmg-geschaedigte.de/Doku-Struktur/> beschrieben und ist auch auf Seite 1 der [ANL 1](#) abgebildet. Die <https://www.ig-gmg-geschaedigte.de/Startseite/> enthält die Gesamtübersicht über den **staatlich organisierten Betrug an ca. 6,3 Millionen Bundesbürgern**. Diese Beschreibung ist strukturiert in einzelne Abschnitte, deren jeweiliges Thema in der Überschrift angegeben ist und zu der unter <https://www.ig-gmg-geschaedigte.de/Schluesse/> ein separates Dokument ([\[IG_S01\]](#) bis [\[IG_S16\]](#)) unterschiedlicher Länge existiert. In diesen separaten Dokumenten wird das Thema detailliert beschrieben und auf die jeweils unter <https://www.ig-gmg-geschaedigte.de/Beweise-O/> oder <https://www.ig-gmg-geschaedigte.de/Beweise-K/> abgelegten Beweise verwiesen.

Es werden in der gesamten Dokumentation grundsätzlich keine Behauptungen aufgestellt, die nicht auch durch entsprechende Beweisdokumente gerichtsfest bewiesen sind.

Eines der separaten Dokumente betrifft den Abschnitt „Willkürjustiz und Staatsterrorismus durch die bayerische Legislative, Exekutive und Judikative – wegen der Öffentlichmachung der von Mitarbeitern der bayerischen Legislative, Exekutive und Judikative im Rahmen des staatlich organisierten Betrugs begangenen Straftaten“. Dieser Abschnitt entspricht der **Anzeige Teil II** und ist unter <https://www.ig-gmg->

[geschaedigte.de/Schluesse/](https://www.ig-gmg-geschaedigte.de/Schluesse/) in dem detaillierenden Dokument **[IG_S16] Willkürjustiz und Staatsterrorismus durch die bayerische Legislative, Exekutive und Judikative geg Rüter (Übersicht Stand 18.04.2024)_mit Historie.pdf** beschrieben mit Verweis auf die Beweisdokumente (siehe **ANL2**). Diese Übersicht konnte allerdings nach dem 18.04.2024 nicht fortgeführt werden, da die Täter in dieser **Willkürjustiz und dem Staatsterrorismus** nicht locker lassen und mich per Post ständig mit weiteren Straftaten bombardieren, auf die ich notgedrungen schriftlich reagieren muss, da sie sonst zu nicht abwehrbaren Rechtszuständen missbraucht werden könnten und würden (<https://www.ig-gmg-geschaedigte.de/Beweise-K/> **[IG_K-JU_542] ff, [IG_K-PP_215] ff, [IG_K-PE_2332] ff**).

Eine **Strafverfolgung setzt die klare Benennung von Täter, Tatbestand, Tatzeit, Tatort und Beweismitteln** voraus. Die nachgewiesenen Täter mit ihren Straftaten sind in der gesamten Dokumentation von ca. 15.000 Seiten zu finden. Um eine Strafverfolgung zu erleichtern, wurde in **[IG_S15]** (siehe **ANL3**) eine Zusammenfassung aller verfolgbaren und nach Gesetz zu verfolgenden Täter und ihrer Taten begonnen. Wegen der anhaltenden massiven Begehung von Straftaten in der Willkürjustiz und dem Staatsterrorismus konnte dieses Dokument bisher nicht vervollständigt werden; zumal ja in seinem Kapitel 2 ständig neue Straftaten nachzuführen sind. Eine Besserung und damit eine Vervollständigung dieses Dokumentes als sehr sinnvolle Unterstützung der durch den BGH zu steuernden Ermittlungen ist erst in Sicht, wenn die Straftaten der Täter in der Willkürjustiz und in dem Staatsterrorismus durch den BGH gestoppt werden.

Auch wenn im weiteren Verlauf ich, als Überbringer der schlechten Nachricht, in dem Dreiecksverhältnis – **anklagender Staat** (wer immer jetzt die selbst straffälligen Staatsanwälte vertritt), **anzuklagende Täter** (siehe **ANL3**) und **neutrale Gerichtsinstanz** (also Sie) – keine, zumindest keine bedeutende Rolle, spielen sollte, bitte ich doch um Mitteilung eines (dauerhaftgültigen) **Aktenzeichens**, da dies für die Mitteilung weiterer Bearbeitungsstände von **ANL3** wegen der Unterstützung für Sie sinnvoll ist und weil die durch Sie noch nicht gestoppte Willkürjustiz und der Staatsterrorismus zwingend updates von **ANL3** nach sich ziehen.

Sollte der Große Senat für Strafsachen des Bundesgerichtshofs von den **beteiligten Behörden** - **Staatsanwaltschaft München I, Staatsanwaltschaft München II, Generalstaatsanwaltschaft in München, Kriminalinspektion Erding, Amtsgericht Ebersberg, Landgericht München I, Landgericht München II, Oberlandesgericht Bamberg, Staatsjustizkasse Bamberg, Staatsoberkasse in Landshut, Sozialgericht München, Bayerisches Landessozialgericht, Finanzamt Ebersberg** -

die Akten zum angezeigten Fall anfordern, so werden Sie am Ende der Aktion feststellen müssen (durch Vergleich mit der Beweisdokumentation unter <https://www.ig-gmg-geschaedigte.de/>, dass bei den Behörden eine Menge an Akten der **Urkundenunterdrückung (§ 274 StGB)** „zum Opfer gefallen“ sind; eben dies ist ja das Ziel der angewendeten **Methode_3 zur Aktenmanipulation und Vertuschung der Straftaten von Staatsanwälten** (**[IG_S13]** Kap. 8.3).

Sollte der Große Senat für Strafsachen des Bundesgerichtshofs von mir unsinnigerweise verlangen, dass ich die ca. 15.000 Seiten umfassende Beweisdokumentation in schriftlicher Form einzureichen hätte, dann müsste ich aus finanziellen Gründen (ich bin einer der 6,3 Mio um seine private Altersvorsorge Betrogenen) beim BGH einen Antrag auf Kostenübernahme zum Ausdrucken und Übersenden der Dokumentation stellen. Dann müssten anschließend irgendwelche Sekretariate die ganzen Dokumente wieder einscannen, damit eine Bearbeitung beim BGH durch verschiedene Personen erst möglich wird.

Ich bitte darum **beim BGH unverzüglich eine lokale Kopie aller Beweisdokumente unter <https://www.ig-gmg-geschaedigte.de/>** zu erstellen, denn bei der kriminellen Energie, die die Straftäter im **staatlich organisierten Betrug an ca. 6,3 Millionen Bundesbürgern** und insbesondere **in der Willkürjustiz und im Staatsterrorismus durch die bayerischen Legislative, Exekutive und Judikative gegen Dr. Arnd Rüter** an den Tag legen mit dem ständigen Versuch eine Löschung der veröffentlichten Beweisdokumentation zu erzwingen, muss man mit weiteren Versuchen rechnen.

Anmerkung zum Tonfall:

In der Beweisdokumentation ist festzustellen, dass die gewählte Ausdrucksweise im Lauf der Jahre eine immer klarere und unumwundenere Bezeichnung von Tatsachen und Personen aufweist. Nach 20 Jahren unbeeindruckter Fortführung des Betrugs allgemein, nach 9 Jahren unbeeindruckter Fortführung des Betrugs an mir und nach 2 Jahren bayerischer Willkürjustiz und Staatsterrorismus ist mir

verständlicherweise die Rücksichtnahme auf die „Zartföhllichkeit der Schwerverbrecher“ abhandeln gekommen, die doch allgemein formuliert immer nur dazu geföhrt hatte, dass die Täter sich im „Oberwasser“ empfanden und dadurch angespornt immer noch dreister wurden. Bevor sich also jemand als „beleidigt“ (§ 185 StGB) oder „verleumdet“ (§ 187 StGB) aufplustert die Feststellung **kriminell, Kriminalität, Kriminelle(r)** sind Worte der deutschen Hochsprache:

DU DEN: **kriminell** (Adjektiv; Bedeutung_1: zu strafbaren, verbrecherischen Handlungen neigend; Synonyme: skrupellos, straffällig, verbrecherisch; (gehoben) frevelhaft); **Kriminalität** (Substantiv; Bedeutung_1: das Sich-straftbar-Machen, Straffälligwerden; Straffälligkeit); **Krimineller** (substantiviertes Adjektiv).

Im Übrigen lautet der § 129 StGB „**Bildung krimineller Vereinigungen**“ und nicht etwa „**Bildung von Vereinigungen aus Tätern, die vorsätzlich, notorisch, zwanghaft, massenhaft und schwerwiegend die Gesetze brechen**“.

Zuständigkeit:

Ich habe als Staatsbürger die Pflicht gegen die Beseitigung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit vorzugehen:

§ 138 Nichtanzeige geplanter Straftaten StGB

(1) *Wer von dem Vorhaben oder der Ausführung*

[...]

2. eines Hochverrats in den Fällen der §§ 81 bis 83 Abs. 1,

[...]

zu einer Zeit, zu der die Ausführung oder der Erfolg noch abgewendet werden kann, glaubhaft erfährt und es unterläßt, der Behörde oder dem Bedrohten rechtzeitig Anzeige zu machen, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

Mir ist bzgl. einer **Nichtanzeige** des fortlaufenden **Hochverrats gegen den Bund (§ 81 StGB)** nichts vorzuwerfen. Seit dem Bekanntwerden der Willkürjustiz und des Staatsterrorismus durch die bayerischen Behörden am 26.08.2022 habe ich fortlaufend bei den Staatsanwaltschaften und den ordentlichen Gerichten Strafanzeigen nach **StPO** gestellt, sie wurden sämtlich nach der Standard-Methode (**Methode_1**) der Staatsanwälte („mit verbundenen Augen sehe ich keinen Anfangsverdacht“) abgewimmelt.

Warum ist für die Anzeige nicht das durch meinen Wohnsitz festgelegte Amtsgericht, Landgericht oder Oberlandesgericht zuständig ?

§ 120 GVG

(1) *In Strafsachen sind die Oberlandesgerichte, in deren Bezirk die Landesregierungen ihren Sitz haben, für das Gebiet des Landes zuständig für die Verhandlung und Entscheidung im ersten Rechtszug*

1. (weggefallen)

2. bei Hochverrat (§§ 81 bis 83 des Strafgesetzbuches),

3. [...]

(2) *Diese Oberlandesgerichte sind ferner für die Verhandlung und Entscheidung im ersten Rechtszug zuständig*

[...]

Eine besondere Bedeutung des Falles ist auch anzunehmen, wenn in den Fällen des Satzes 1 eine Ermittlungszuständigkeit des Generalbundesanwalts wegen des länderübergreifenden Charakters der Tat geboten erscheint.

[...]

(6) *Soweit nach § 142a die Verfolgung der Strafsachen die Zuständigkeit des Bundes begründet ist, üben diese Oberlandesgerichte Gerichtsbarkeit nach Artikel 96 Abs. 5 des Grundgesetzes aus.*

(7) *[...]*

Die Zuständigkeit der bayerischen Oberlandesgerichte München, Bamberg und Nürnberg macht wenig Sinn, denn deren Verantwortliche sind Teil des Problems und sorgen mit ihren Staatschutzverbrechen auf oberster Landesebene dafür, dass der Freistaat Bayern den Vollzug der Bundesgesetze nach **Artikel 85 GG** beseitigt hat (siehe **ANL2; ANL3 St-ID 1.8.x, 2.1.16, 2.1.25, 2.1.26; JIG_K-PP_204-208-**

Warum reiche ich meine Anzeige nicht beim Generalbundesanwalt ein ?

- a) Weil es derzeit noch so ist, dass ein neutrales ordentliches Strafgericht darüber entscheidet, ob Ermittlungen in Strafsachen aufzunehmen sind oder nicht, und weil es derzeit noch so ist, dass ein neutrales ordentliches Strafgericht darüber entscheidet, ob nach Vorliegen von Ermittlungsergebnissen Klage erhoben und ein gerichtliches Strafverfahren durchgeführt wird.
- b) Weil es zwar laut **StPO** möglich ist eine Strafanzeige bei Gericht oder gleich bei der Staatsanwaltschaft einzureichen (in dem irrigen Glauben, dass die Staatsanwaltschaft sich gesetzeskonform mit dem Strafgericht koordiniert), ich mir die Naivität aber einfach nicht abverlangen kann zu glauben, der Generalbundesanwalt sei der einzige (in seinem Fall an die Weisungen des Bundesjustizministers gebundene) Staatsanwalt der Bundesrepublik Deutschland, welcher die Gesetze der Bundesrepublik Deutschland einhält. Es geht um den seit 20 Jahren von den etablierten politischen Parteien (**Parteienoligarchie**) praktizierten staatlich organisierten Betrug. Zu glauben, dass die Bundesregierung und ihr Bundesjustizminister plötzlich anfallartig vom Saulus zum Paulus würden, ist einfach nur naiv.
- c) Des Weiteren haben wir (staatlich organisiert Betrogene) testweise im Zeitraum 19.03.2021 bis 20.08.2021 fünf Strafanträge zu ausgewählten Straftaten und Tätern im Rahmen des staatlich organisierten Betrugs in den Bundesländern Freistaat Bayern und Stadtstaat Hamburg gestellt. Das Resultat ist die Feststellung, dass sämtliche beteiligten Staatsanwälte bis hinauf zu dem Generalstaatsanwalt in München, Reinhard Röttle, und dem Generalstaatsanwalt der Generalstaatsanwaltschaft Hamburg, Dr. Jörg Fröhlich, die gleichen kriminellen Methoden anwenden (**[IG_S13]; [IG_S15] St-ID 1.8.x**)
- d) Die ausufernde Anwendung der kriminellen Methoden in der Willkürjustiz und dem staatlichen Terrorismus gegen meine Person durch die Staatsanwälte der Staatsanwaltschaft München II, der Staatsanwaltschaft München I und der Generalstaatsanwaltschaft in München (**[IG_S15] St-ID 2.1.3, 2.1.4, 2.1.14, 2.1.15, 2.1.16, 2.1.24, 2.1.26, 2.1.27**) komplettiert die Sicht auf die „**objektivste Behörde der Welt**“ (**[IG_S13]**).

Warum richte ich die Anzeige nicht an den Gemeinsamen Senat der obersten Gerichtshöfe des Bundes ?

Der Gemeinsame Senat der obersten Gerichtshöfe ist eine Einrichtung zur Wahrung der Einheitlichkeit der Rechtsprechung der obersten Gerichtshöfe. Soweit die Abweichungen auf eine unterschiedliche Auslegung des Grundgesetzes zurückgehen, entscheidet letztlich das Bundesverfassungsgericht. Es geht hier aber nicht um abweichende Rechtsprechung zwischen obersten Gerichten, sondern um die Verweigerung der verfassungskonformen Rechtsprechung durch das **Bundessozialgericht** (und der landesspezifischen Landessozialgerichte und Sozialgerichte) und das **Bundesverfassungsgericht**. Ungeachtet der abweichenden Aufgabe des Gemeinsamen Senats würde man also auch noch zwei „Böcke zum Gärtner machen“.

Warum richte ich die Anzeige an den Großen Senat für Strafsachen und überlasse es nicht dem BGH einen einzelnen Senat entsprechend Geschäftsplan damit zu befassen ?

Wenn der BGH nicht gewillt sein sollte sich mit dieser Anzeige zu befassen, dann wäre es nicht zufriedenstellend darüber rätseln zu müssen, ob da vielleicht nur ein (mir möglicherweise nicht einmal bekannt gemachter) Vorsitzender Richter eines Strafsenats nicht recht begriffen hat, worum es überhaupt geht oder ob die Ablehnung weiter gehende Gründe hat. Es wäre bei einer Verweigerung doch zumindest wünschenswert die Tatsache öffentlich machen zu können, dass alle Mitglieder des Großen Senats für Strafsachen, also **alle Richter des Bundesgerichtshofs in seiner Gesamtheit**, beschlossen haben sich bedingungslos den staatlich organisierten Kriminellen der Bundesrepublik Deutschland anzuschließen.

Fangen **Sie** also bitte nicht an Ihre Nichtzuständigkeit zu „argumentieren“, nur weil die Gesetzgeber es nicht bis ins Detail ausformuliert haben, was zu passieren hat, wenn die Staatsorgane der Legislative und Exekutive des Bundes und der Länder und auch die Staatsorgane der Judikative auf Landesebene beschlossen haben von der seit spätestens den 60er Jahren des 20. Jahrhunderts existierenden Parteienoligarchie in die nächste deutsche offene Diktatur überzugehen, weil sie das

Theaterspiel der ach so glanzvollen Demokratie und der ach so wundervollen Rechtsstaatlichkeit so maßlos überfordert.

Anträge bzw. Forderungen (DRINGEND):

Ich fordere den Großen Senat für Strafsachen des Bundesgerichtshofs, also Sie, auf durch entsprechende juristische Maßnahmen dafür zu sorgen, dass die Straftäter der beteiligten Behörden – insbesondere (aber nicht ausschließlich) der Staatsanwaltschaft München II, der Kriminalinspektion Erding, des Amtsgerichts Ebersberg, des Landgerichts München II, des Oberlandesgerichts Bamberg, der Staatsjustizkasse Bamberg – ihre **Aktionen der Willkürjustiz und des Staatsterrorismus sofort einstellen**. Die seit 2 Jahren anhaltenden fortlaufenden Bedrohungen gegen meine Freiheit und persönliche Unversehrtheit und mein Eigentum haben ein unerträgliches Maß erreicht.

Ich beantrage bei Ihnen bzw. ich fordere von Ihnen die **gerichtliche Anordnung zur Durchführung eines Personenschutzes für meine Person**. Die Bedrohung meiner Person durch Freiheitsentzug durch die bayerischen Täter der Willkürjustiz und des Staatsterrorismus hat bedrohliche Ausmaße angenommen. Ich werde allein durch 3 unterschiedliche Bestrebungen bedroht mich durch Haftbefehle mit anschließender Inhaftierung unter Druck zu setzen (1. [\[IG_K-JU_521\]](#) – [\[IG_K-JU_524\]](#); 2. [\[IG_K-JU_520\]](#); 3. [\[IG_K-JU_574\]](#) – [\[IG_K-JU_576\]](#)). Der Personenschutz muß durch Bundespolizei gewährleistet werden, denn die bayerische Kriminalpolizei nimmt in Gestalt der örtlich zuständigen Kriminalpolizeiinspektion Erding an der Willkürjustiz und dem Staatsterrorismus teil (siehe **ANL2**; **ANL3** [\[IG_S15\]](#) **St-ID 2.1.5, 2.1.28**).

Selbstverständlich fordere ich Sie dazu auf dafür zu sorgen, **dass die tausenden von Straftätern im „Namen des Volkes“ bestraft werden und dass die Strafbemessung ohne Ansehen der Person nach den für alle geltenden Gesetzen der Bundesrepublik Deutschland erfolgt**.

Und selbstverständlich fordere ich Sie auch dazu auf die Weichen dafür zu stellen, dass die über 2 Jahrzehnte gestohlenen Gelder mit gesetzlicher Verzinsung an alle staatlich organisiert Betroffenen zurück gezahlt werden und dies, soweit irgend möglich, aus dem Privatbesitz aller Täter.

Risiken und Chancen:

1962 musste der Journalist **Ernst Müller-Meiningen jr.** in einem Leitartikel in der Süddeutschen Zeitung „Zum Fall Fränkel“ feststellen, dass der **Bundesgerichtshof** wegen der vollen Besetzung mit Altnazis die **„Traditionskompanie des [nazideutschen] Reichsgerichtes“** ist ([\[IG_O-JU_100\]](#); [\[IG_S13\]](#) Kap. 3.5). Noch am 29.04.2007 veröffentlichte der damalige **Präsident des Bundesgerichtshofes (2000 bis 2008), Günter Hirsch**, als **geistiger Brandstifter** sein leidenschaftliches Plädoyer dafür, dass der bundesdeutsche Richter das Recht habe die Gesetze nach seinem „höheren Ratschluss“ zu „interpretieren“, also die von den Nazis übernommene Methode zu **Wortverdreherei > Rechtsverdreherei > Rechtsbeugung und Verfassungsbruch** weiterhin unbeirrt anzuwenden ([\[IG_O-JU_002\]](#)). Eben jene Methode, mit der schon die Juristen der Weimarer Republik der damaligen Demokratie den Todesstoß versetzt und der Nazidiktatur den Weg geebnet haben ([**Wir, die Bürger der Bundesrepublik Deutschland, wissen nicht, ob Sie, die Richter des Großen Senats für Strafsachen des Bundesgerichtshofs 79 Jahre nach Ende der Nazidiktatur in der Demokratie angekommen sind; nur Sie wissen es, wir Bürger können es nur wünschen und hoffen.**](https://www.ig-gmg-geschaedigte.de/Schluesse/[IG_S12]_20201212_Die_staatlichen_Juristen_-_ein_Berufsstand_zwischen_Missbrauch_und_Groessenwahn_(v5),_Kap._II_„GÜNTER_HIRSCH_ _RECHTSSTAAT_-_RICHTERSTAAT“;_ [IG_S13]_Kap._3.5)).</p></div><div data-bbox=)

Schon 1963 stellten **Karl Jaspers** ([\[IG_O-PP_001\]](#)) und **Hannah Arendt** ([\[IG_S15\]](#) S. 4; **ANL3**) fest, dass der erreichte Zustand der sogenannten „Parlamentarischen Demokratie“ der Bundesrepublik Deutschland nur noch als **Parteienoligarchie** zu bezeichnen ist. Karl Jaspers sagte zudem voraus, dass der nachfolgende Zustand **die nächste deutsche Diktatur** sein würde ([\[IG_O-PP_001\]](#)).

Die mahnenden Worte unseres Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker in den Jahren ca. 1982 bis 1992 **„die Parteien haben sich den Staat zur Beute gemacht“** sind überaus ernst zu nehmen, wurden aber von den Parteienoligarchen abgetan als die Äußerungen eines senilen Nestbeschmutzers ([\[IG_O-PP_002\]](#)).

Die Rädelsführer der **kriminellen Vereinigung(en)** (§ 129 StGB) sind die im staatlich organisierten Betrug und in der in diesem Zusammenhang stattfindenden Willkürjustiz und dem Staatsterrorismus die Parteienoligarchen.

In [IG_S16] S. 9-11 ist zu lesen, welche entscheidenden Hebel zu diesem Machtmissbrauch und zur Willkürjustiz und zum Staatsterrorismus geführt haben:

- Das von den Parteien vorgegebene **Wahlrecht** sorgt dafür, dass die Legislative nicht aus unabhängigen Einzelpersonen besteht, sondern dass mit der Zweitstimme Parteien gewählt werden und mit der Erststimme der Partei hörige abhängige Parteimitglieder. Das Volk wählt **nicht** „in freien Wahlen“ Vertreter des ganzen Volkes (**Art 20 (3), 28 (1) GG**), sondern es wählt Vertreter und Befehlsempfänger der jeweiligen Parteien. Die **verfassungswidrigen Fraktionsführer** zur Durchsetzung der Parteiinteressen im Gesetzgebungsprozess verstärken die Durchsetzung der Interessen der Parteienoligarchen.
- Die **staatliche Ausbildung der Juristen** sorgt für nicht endenden Nachschub an Juristen, die nicht gelehrt bekommen: was der Unterschied zwischen Rechtssystemen von Demokratien und Diktaturen ist; dass das angloamerikanische Fallrecht durch unsere Verfassung verboten ist, dass es in der Bundesrepublik zu jedem neuen Gesetz und zu jeder Gesetzesänderung ein Einführungsgesetz gibt welches festlegt, was das Ziel „der Gesetzgeber“ mit diesem Gesetz ist, dass die rechtsbeugende/verbrecherische Suche nach der Absicht des Gesetzgebers eine von den Nazis übernommene Methode zur Wortverdreherei > Rechtsverdreherei > zu Rechtsbeugung und Verfassungsbruch ist usw.
- Die **Weisungsgebundenheit der Staatsanwälte an die Justizminister als politische Beamte der Exekutive**, die Wahl der Staatsanwälte und Richter durch die Parteienoligarchie und die Abhängigkeit der Richter von der Parteienoligarchie ist die Beseitigung der verfassungsmäßig garantierten Gewaltenteilung von Legislative, Exekutive und Judikative.

Daraus ist abzuleiten, dass es durchaus auch Forderungen geben muss einzelne Gesetze wegen des damit vollzogenen Bruchs der Verfassung zu korrigieren. Das ist nicht etwa eine Forderung zum Umsturz des politischen Systems und der politischen Verfasstheit unserer Gesellschaft, sondern im Gegenteil die Forderung eben diese manifestierten Bemühungen der Parteienoligarchie zu einem solchen Umsturz „auf leisen Sohlen“ in unseren ansonsten gar nicht mal so schlechten Gesetzen inkl. des Grundgesetzes rückgängig zu machen. Dies kann man weder mit den **ausnahmslos belasteten Richtern eines Bundesverfassungsgerichts** (siehe **ANL3 [IG_S15] St-ID 1.3.x**) noch mit den **kriminellen Rädelsführern der Parteienoligarchie** erreichen (siehe **ANL3 [IG_S15] St-ID 1.1.x, 1.2.x, 2.01, 2.02, 2.03, 2.04**). Die Lehre aus dem „nur begrenzt gelungenen Übergang“ von der Nazidiktatur zur Demokratie der Bundesrepublik Deutschland und die Lehre aus dem „nur begrenzt gelungenen Übergang“ von der SED-Diktatur in die „Demokratie“... nein, in die Parteienoligarchie der Bundesrepublik Deutschland ist doch nun endlich zu beherzigen: „**mit dem alten Personal macht man keinen [neuen] Staat**“ ([IG_S12], [IG_K-JU_100] bis [IG_K-JU_105]). Es führt also kein Weg daran vorbei: Wenn man den Übergang in die nächste deutsche Diktatur vermeiden will, dann muss man die Gesetze der Bundesrepublik Deutschland ernst nehmen, und das heisst man muss / Sie müssen das **Grundgesetz** und insbesondere das **Strafgesetzbuch** ernst nehmen.

Sinnvolle Stränge der Ermittlungen:

- Jeder der den Straftätern vorgeworfenen Gesetzesbrüche wurde in den Beweisdokumenten unter <https://www.ig-gmg-geschaedigte.de/> entsprechend den Verfassungsvorgaben (**Art. 20 (3), 97 (1) GG**) anhand der zitierten Gesetzestexte bewiesen und nicht an irgendwelchen rechtsbeugenden Interpretationen von wem auch immer. Die Gesetzestexte sind in der Bundesrepublik Deutschland entsprechend Gesetzesvorgaben in deutscher Sprache geschrieben und jeder der deutschen Sprache Mächtige kann sie ohne weiteres lesen und mit der, der großen Mehrheit aller Menschen zur Verfügung stehenden, menschlichen Logik zweifelsfrei feststellen, ob ein gesetzlicher Regelungsgehalt aufgrund der damit verbundenen Regelungsbedingungen in einer spezifischen Rechtssituation anwendbar ist oder nicht (ja / nein). Alle namentlich benannten Straftäter (**ANL3**) wurden ausnahmslos mit den ihnen vorgeworfenen Straftaten konfrontiert; ausnahmslos alle diese Straftäter haben zu den Vorwürfen keine Gegenargumente, keine Modifikationen und keine Ergänzungen angebracht. Sie haben ausnahmslos zu den Vorwürfen geschwiegen. Auch Ihr Gericht hat in verschiedenen Urteilen zweifelsfrei die Gesetzeslage festgestellt, dass es in diesen Fällen **keine Wahrheitspflicht**, aber sehr wohl eine

Erklärungspflicht gibt. Die Straftäter haben also nach rechtsstaatlichen Prinzipien sämtlich die ihnen vorgeworfenen Straftaten akzeptiert.

Sie, die Richter des Großen Senats für Strafsachen des Bundesgerichtshofs können selbstverständlich selbst entscheiden, wie viele der Unmengen von beschriebenen und nachgewiesenen Straftaten Sie bis ins letzte Detail nachprüfen wollen, bevor sich bei Ihnen die Überzeugung einstellt, dass die Beschreibungen juristisch richtig und gerichtsfest sind. Wenn Sie dann weiter feststellen, dass bei einzelnen Tätern nur noch von massenhaften Gesetzesbrüchen gesprochen werden kann, dann sollte zwar die Massenhaftigkeit des Begehens in die Strafbemessung einfließen, auch wenn für die Bildung eine Gesamtstrafe z.B. beim Vorwurf des **Hochverrats gegen den Bund (§ 81 StGB)** nicht unbedingt auch noch nötig eine **Üble Nachrede (§ 186 StGB)** einfließen muss.

- Wenn die Ermittlungen mit den Straftaten zum Teil II der Anzeige begonnen werden, dann hätte dies den Vorteil, dass die dort verübten Straftaten durchgängig extrem gut / ausführlich / detailliert beschrieben sind. Dies gilt insbesondere auch für die Straftaten der bayerischen Parteienoligarchen. Die gesamten Beweisunterlagen **zur Willkürjustiz und zum Staatsterrorismus** erfordern wahrscheinlich kaum noch zusätzliche Ermittlungen in externen Dokumenten. Das sichert sofortige Erfolge, da die Straftaten Schlag auf Schlag erfolgten; sie folgten quasi dem durchgängigen Muster: ein, maximal zwei Schreiben von Tätern, gefolgt von einem Schreiben meinerseits mit den Nachweisen der Straftaten. Dies ermöglicht die Einbeziehung aller mafiös zusammenarbeitenden Tätergruppen einschließlich der Rädelsführer in der Bayerischen Regierung und in dem Bayerischen Parlament. Dies sichert schnelles Ermitteln, welches wegen der aktuellen Dringlichkeit aus meiner Sicht geboten ist (siehe meine **dringenden Forderungen**), und verhindert trotzdem den Eindruck „die Kleinen hängt man und die Großen lässt man laufen“.
- Zu einigen Tätergruppen im Teil I der Anzeige fehlen noch die Zusammenfassungen in **ANL3**. Dafür liegen zwar schon jetzt die Informationen in der Gesamtdokumentation ebenfalls vor; es könnte aber Ihre Ermittlungen deutlich erleichtern und beschleunigen, wenn ich diese fehlenden Zusammenfassungen selbst nachliefere. Dafür wiederum ist es zwingend erforderlich, dass die **Aktionen der Willkürjustiz und des Staatsterrorismus** durch Ihr Vorgehen **sofort eingestellt** werden und ich die erforderliche Zeit dafür endlich bekomme. Dann ist es sicherlich für die Ermittlungen nicht hinderlich, wenn sie zu einzelnen Tätergruppen parallelisiert werden, weil die Tatschnittstellen in Teil I klarer identifiziert sind (z.B. melden alle Kapitallebensversicherer an alle gesetzlichen Krankenversicherungen die Auszahlung einer nicht existenten Einmalzahlung einer nicht vorhandenen Betriebsrente).
- Laut **StPO** ist es ja vorgegeben, dass die Ermittlungen zu Straftaten durch die einem Gericht zugeordneten Staatsanwälte erfolgen sollen. Zu 100% ist es nicht abzulesen, aber es ist wohl davon auszugehen, dass für den vorliegenden Fall die Staatsanwälte der Generalbundesanwaltschaft zuständig wären. Ich wiederhole allerdings, es ist mir nicht abzuverlangen so naiv zu sein zu glauben, dass dort plötzlich Staatsanwälte wie Phönix aus der Asche steigen, die zwar weisungsgebunden an den Bundesjustizminister (die FDP gehört ebenfalls zur Parteienoligarchie; sie hat zwar nicht für das GMG gestimmt, aber in den 20 Jahren konsequent alles unterlassen was dazu hätte führen können den staatlich organisierten Betrug zu beenden) sind, aber plötzlich den Drang verspüren die Gesetze einzuhalten.
Ich sende die Anzeige ganz bewusst an den Großen Senat für Strafsachen des Bundesgerichtshofs: Nicht ich, Sie haben zu kontrollieren, ob die ermittelnden Personen die Gesetze einhalten. Wenn Sie allerdings sich vom Vorgehen entsprechend dem ersten Punkt überzeugen lassen, werden Sie feststellen können, dass Sie ermittelnde Staatsanwälte nicht mehr benötigen. Sie könnten auch (um dem Wortlaut der **StPO** genüge zu tun) feststellen: die Staatsanwälte haben bereits ihr Soll an Ermittlungsarbeit geleistet. Sie haben so gut ermittelt, dass sie die meisten Schreiben mit denen Straftaten begangen wurden nicht nur per Hausdurchsuchung beschlagnahmt, identifiziert und ausgewertet haben, sondern sie haben sogar so rege ermittelt, dass sie die Straftaten höchstselbst in solchen Beweisdokumenten niedergeschrieben haben.
Noch haben ja nach vollbrachter Ermittlung die Staatsanwälte Ihnen das Ergebnis der Ermittlungen vorzulegen (obwohl massiv versucht wird den Bürgern einzuimpfen, dass die Staatsanwälte die wahren Richter sind und uns die politische Willkürjustiz der Parteienoligarchen ins Himmelreich der weltweit glanzvollsten Demokratie bringt; [\[IG_K-MP_030\]](#), [\[IG_K-MP_031\]](#)), damit Sie entscheiden können, ob darauf basierend Anklage erhoben werden kann. Wenn Sie die Beweisdokumentation unter <https://www.ig-gmg-geschaedigte.de/> durcharbeiten, können Sie unter Berücksichtigung des ersten Punktes ggf. feststellen, dass die Ermittlungsarbeit schon geleistet ist, dass ich hier mit der

Unterstützung vieler anderer Betrogener, mit meinen Deutschkenntnissen und menschlicher Logik die Arbeit der Staatsanwälte übernommen habe.

Sie sehen die Staatsanwälte der Bundesrepublik Deutschland sind uns wegen ihrer massiven Straftaten inkl. Staatsschutzverbrechen abhanden gekommen, aber das macht nichts, sie sind ersetzbar. Es gibt in der etliche Millionen umfassenden Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland genügend Menschen, die lesen und denken können und die vor allem bereit sind Demokratie und Rechtsstaatlichkeit hoch zu halten und die Gesetze einzuhalten.

Für das Problem der vielen abhanden gekommenen Richter weiß ich keine schnelle Lösung. Hoffentlich sind Sie Richter mit einem Hang zur Demokratie und zur Rechtsstaatlichkeit.

Die Beweisdokumentation auf oberster Ebene für die Anzeige I (ANL 1) und für die Anzeige II (ANL2) ist nicht zum Spaß auch in ENG vorhanden.

Sollten die Mitglieder des Großen Senats für Strafsachen des Bundesgerichtshofs sich nicht zuständig fühlen sich für die Wiederherstellung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in der Bundesrepublik einzusetzen und die begangenen Straftaten nach Gesetz und Recht zu ahnden, dann sind alle nationalen Rechtsmittel ausgeschöpft. Dann bleibt nur noch die **Hoffnung auf den Europarat**.

(<https://de.wikipedia.org/wiki/Europarat> Zielsetzung:) „Seit 1993 widmet sich der Europarat verstärkt der **Wahrung der demokratischen Sicherheit**. Dazu zählen insbesondere

- der **Einsatz für die Menschenrechte**
- die **Sicherung demokratischer Grundsätze** sowie
- **rechtsstaatliche Grundprinzipien**
- **Bekämpfung des Terrorismus** mit dem Lenkungsausschuss zur Bekämpfung des Terrorismus
- [...]“

Lange genug wurde ja die Forderung nach unabhängigen Staatsanwaltschaften, wie **im europäischen Rechtsraum üblich**, von verschiedensten Stellen erhoben (EuGH, PACE, Deutscher Richterbund).

„**Inbesondere von europäischer Seite wurde Deutschland mehrfach, sowohl durch den Europarat, den EGMR und den EuGH, eine Reform der Stellung der Staatsanwaltschaften nahegelegt.**“ (*[IG_K-PE_200]*). Das stieß bei der **Bundesregierung** stets auf taube Ohren. Die Gier auf die durch **staatlich organisierten Betrug auf Basis von Rechtsbeugung und Verfassungsbruch mit mafiösen Strukturen** seit 2004 eingefahrenen Milliarden macht einfach taub (*[IG_S13]_20210926_Die kriminellen Politiker und ihre „von der Leine gelassenen“ Staatsanwälte _mit Nachträgen 20230310 u 20230519*, Kap. 8.4).

Es könnte angesichts der weltpolitischen Lage passieren, dass genügend der 46 europäischen Staaten die Nase voll haben von den ewigen deutschen Einbildungen „gegen (Schmier-)Geld sei von ihnen jede gewünschte Sonderbehandlung einzufordern und jede Unstimmigkeit aus dem Weg zu räumen“ (siehe *[IG_S14]*;). Gehen Sie also bitte nicht davon aus, dass ich die vorliegende Anzeige für mich behalten werde ... **fühlen Sie sich beobachtet; Europa schaut auf Sie.**

Mit freundlichen Grüßen

.....
(Dr. Arnd Rüter)

Anlagen:

ANL1: *20220516_Struktur der IG-GMG Dokumentation_Inhalt der Startseite (DEU).pdf*

ANL2: *[IG_S16]_(DEU) Willkürjustiz und Staatsterrorismus durch die bayerische Legislative Exekutive und Judikative geg Rüter (Übersicht Stand 18.04.2024)_mit Historie.pdf*

ANL3: *[IG_S15]_Die DeEhGe (die TÄTER und die TATEN, Version 20240915 ff).pdf*

Anmerkung: In dem Dokument sind die angegebenen Kapitel 1.x noch nicht vollständig erarbeitet. Dessen ungeachtet sind die dort zusammen zu fassenden Täter und Straftaten in der Gesamtdokumentation bereits vorhanden. Es fehlt hier lediglich die beabsichtigte Unterstützung für die Strafverfolgung. Die ANL3 ist aus Kostengründen nur der Sendung an die Präsidentin Limperg beigefügt; ich bitte darum das Sekretariat Kopien erstellen und an alle Mitglieder des Großen Senats verteilen zu lassen.

Unterstützung vieler anderer Betrogener, mit meinen Deutschkenntnissen und menschlicher Logik die Arbeit der Staatsanwälte übernommen habe.

Sie sehen die Staatsanwälte der Bundesrepublik Deutschland sind uns wegen ihrer massiven Straftaten inkl. Staatsschutzverbrechen abhanden gekommen, aber das macht nichts, sie sind ersetzbar. Es gibt in der etliche Millionen umfassenden Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland genügend Menschen, die lesen und denken können und die vor allem bereit sind Demokratie und Rechtsstaatlichkeit hoch zu halten und die Gesetze einzuhalten.

Für das Problem der vielen abhanden gekommenen Richter weiß ich keine schnelle Lösung. Hoffentlich sind Sie Richter mit einem Hang zur Demokratie und zur Rechtsstaatlichkeit.

Die Beweisdokumentation auf oberster Ebene für die Anzeige I (ANL1) und für die Anzeige II (ANL2) ist nicht zum Spaß auch in ENG vorhanden.

Sollten die Mitglieder des Großen Senats für Strafsachen des Bundesgerichtshofs sich nicht zuständig fühlen sich für die Wiederherstellung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in der Bundesrepublik einzusetzen und die begangenen Straftaten nach Gesetz und Recht zu ahnden, dann sind alle nationalen Rechtsmittel ausgeschöpft. Dann bleibt nur noch die **Hoffnung auf den Europarat**.

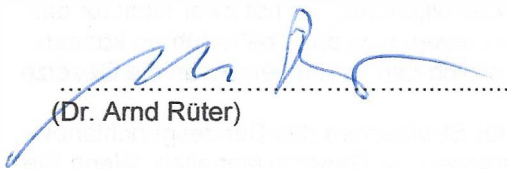
(<https://de.wikipedia.org/wiki/Europarat> Zielsetzung:) „Seit 1993 widmet sich der Europarat verstärkt der **Wahrung der demokratischen Sicherheit**. Dazu zählen insbesondere

- der **Einsatz für die Menschenrechte**
- die **Sicherung demokratischer Grundsätze** sowie
- **rechtsstaatliche Grundprinzipien**
- **Bekämpfung des Terrorismus** mit dem Lenkungsausschuss zur Bekämpfung des Terrorismus
- [...]“

Lange genug wurde ja die Forderung nach unabhängigen Staatsanwaltschaften, wie **im europäischen Rechtsraum üblich**, von verschiedensten Stellen erhoben (EuGH, PACE, Deutscher Richterbund). „**Insbesondere von europäischer Seite wurde Deutschland mehrfach, sowohl durch den Europarat, den EGMR und den EuGH, eine Reform der Stellung der Staatsanwaltschaften nahegelegt.**“ ([IG_K-PE_200]). Das stieß bei der **Bundesregierung** stets auf taube Ohren. Die Gier auf die durch **staatlich organisierten Betrug auf Basis von Rechtsbeugung und Verfassungsbruch mit mafiösen Strukturen** seit 2004 eingefahrenen Milliarden macht einfach taub ([IG_S13]_20210926_Die kriminellen Politiker und ihre „von der Leine gelassenen“ Staatsanwälte _mit Nachträgen 20230310 u 20230519, Kap. 8.4).

Es könnte angesichts der weltpolitischen Lage passieren, dass genügend der 46 europäischen Staaten die Nase voll haben von den ewigen deutschen Einbildungen „gegen (Schmier-)Geld sei von ihnen jede gewünschte Sonderbehandlung einzufordern und jede Unstimmigkeit aus dem Weg zu räumen“ (siehe [IG_S14];). Gehen Sie also bitte nicht davon aus, dass ich die vorliegende Anzeige für mich behalten werde ... **fühlen Sie sich beobachtet; Europa schaut auf Sie.**

Mit freundlichen Grüßen


.....
(Dr. Arnd Rüter)